

## Erklärung von Edwige Avice zur Hilfe für die Staaten Osteuropas (22. November 1989)

**Legende:** Am 22. November fasst Edwige Avice, delegierte Ministerin für europäische Angelegenheiten unter dem französischen Außenminister Roland Dumas, vor der französischen Nationalversammlung die von den Zwölf geplanten Hilfsmaßnahmen für die osteuropäischen Staaten zusammen.

**Quelle:** La politique étrangère de la France. Textes et documents. dir. de publ. Rohou, Camille. Novembre-Décembre 1989. Paris: Ministère des Affaires étrangères-Service d'Information et de Presse. "Réponses de Mme Edwige Avice, ministre délégué auprès du ministre des Affaires étrangères à deux questions d'actualité à l'Assemblée nationale (22 novembre 1989)", p. 75-76.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_edwige\\_avice\\_zur\\_hilfe\\_fur\\_die\\_staaten\\_ost\\_europas\\_22\\_november\\_1989-de-0a9407ad-3c7a-4e1e-9834-c5d22f9db18f.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_edwige_avice_zur_hilfe_fur_die_staaten_ost_europas_22_november_1989-de-0a9407ad-3c7a-4e1e-9834-c5d22f9db18f.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Antwort von Edwige Avice, beigeordnete Ministerin beim Minister für Auswärtige Angelegenheiten, auf zwei aktuelle Fragen vor der Nationalversammlung (22. November 1989)

A) Wie ist die Haltung der Zwölf gegenüber den Ereignissen in Osteuropa? Dies ist zweifelsohne eine sehr aktuelle Frage. Der Staatspräsident hat gerade heute Nachmittag vor dem Europäischen Parlament in Straßburg darüber gesprochen. Ich werde mich bemühen, Ihnen in aller Kürze zu antworten, trotz der sehr weitreichenden Thematik.

Von Beginn an hat sich die Europäische Gemeinschaft die Union ihrer Mitgliedsländer als Ziel gesetzt. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl verfolgte einen politischen Zweck, nämlich die Beendigung der Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die Römischen Verträge verfolgten das gleiche Ziel, erweiterten es aber. Vor drei Jahren formulierte die Einheitliche Europäische Akte klar und deutlich folgendes Ziel: die Umwandlung der Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Zwölf in „eine europäische Union“. Die Bedeutung der nun endlich kodifizierten politischen Kooperation wurde somit voll anerkannt, während die Fundamente für eine Debatte zu Fragen der Sicherheit gebaut wurden, die langfristig von einer politischen Union nicht ausgespart werden können.

Novum ist, dass angesichts der Umwälzungen vor unserer Haustür „im anderen Europa“ die Zwölf es als notwendig erachteten, ihre Ränge zu schließen und ihren Gang zu einer europäischen Union zu beschleunigen. Die von der nächsten Sitzung des Europäischen Rates zu erwartenden Entscheidungen in den Bereichen Wirtschaft, Währung und Soziales werden diesen Willen in die Tat umsetzen.

Diese Konstruktion ist das genaue Gegenteil einer Isolierung. In diesem Sinne äußerte sich der Präsident am Samstag nach einem Treffen der zwölf Staats- und Regierungschefs: „Die Existenz einer starken, strukturierten und entschlossenen Gemeinschaft ist ein wesentlicher Faktor für den Erfolg einer Reform für mehr Freiheit.“ Indem die Zwölf die Einheit beschleunigen, werden sie besser in der Lage sein, auf die Hilfsersuchen ihrer europäischen Nachbarn mit großzügiger und dauerhafter Unterstützung zu antworten und somit einem in der Entstehung begriffenen neuen Europa eine solide und stabile Grundlage zu verleihen.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden eine Umformung unserer derzeitigen Institutionen und der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Rat, der Kommission und dem europäischen Parlament als die drei tragenden Säulen unserer Gemeinschaft zweifellos notwendig sein. Erste Überlegungen zu diesem Punkt wurden bereits angestellt, die auf weitere Bereiche ausgedehnt werden müssen. Aber alles zu seiner Zeit. Im Augenblick ist es dringlich, dass die Zwölf angesichts der spektakulären Entwicklungen in Osteuropa bereit sind, ihren Part voll zu übernehmen. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, dies hier zu betonen.

B) Angesichts der extrem schnellen Entwicklung in Osteuropa war es die sofortige Reaktion der Zwölf, gemeinsam und innerhalb des Rahmens der Gemeinschaft zu handeln.

Der Präsident ergriff die Initiative, die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft aufzufordern, die neuen Entwicklungen zu prüfen, ohne die Sitzung des Europäischen Rates in Straßburg abzuwarten. Das Abendessen im Elyséepalast war notwendig. Es ergaben sich sehr positive Ansätze.

Vor allem haben die Zwölf ihre Unterstützung für den in den Ländern Osteuropas eingeschlagenen Reform- und Öffnungsprozess in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Die Gemeinschaft ist sich voll bewusst, dass dies ein für Europa entscheidender Augenblick ist. Nunmehr erscheint es möglich, dass die Folgen des Zweiten Weltkriegs ein Ende finden.

Die Gemeinschaft beabsichtigt, den Appell des Landes, dessen Bestrebungen klar sind, positiv zu beantworten: Liberalisierung der Wirtschaft, Öffnung nach außen, Wiederherstellung der Grundfreiheiten, Pluralismus. Die Gemeinschaft steht bei diesen Ländern umso mehr in der Pflicht, als sie ihnen als Vorbild und Bezug gedient hat.

Der Willen der Gemeinschaft, die Erfolgchancen der in den osteuropäischen Ländern eingeführten neuen Politik maximal zu fördern, wird auf mehrfache Weise konkretisiert:

Auf Anregung des Staatspräsidenten wurden mehrere bedeutende Entscheidungen getroffen. Eine erste Nahrungsmittelhilfe zur Deckung des dringendsten Bedarfs in Polen wurde bereits letzten Juli beschlossen und inzwischen auf den Weg gebracht. Die Gemeinschaft hat Polen und Ungarn in Rekordzeit einen nichtrückzahlbaren Kredit in Höhe von 300 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt. Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Polen wurde im September in Warschau durch den Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten unterzeichnet.

Das erste Treffen der in diesem Abkommen und in dem Vertrag zwischen der EWG und Ungarn jeweils vorgesehenen gemischten Kommission wird bis Jahresende stattfinden. Parallel dazu stehen die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zur Kooperation zwischen der Gemeinschaft und der UdSSR kurz vor dem Abschluss. Über Verhandlungen mit der DDR im Hinblick auf ein Handelsabkommen besteht prinzipielles Einvernehmen.

Aber die Bedürfnisse der östlichen Länder – angemeldete bzw. vermutete Bedürfnisse – verpflichten uns natürlich, über das bisher Vereinbarte hinaus zu gehen. Es besteht ein enormer Bedarf an Modernisierung und Ausrüstung. Aus diesem Grund hat der Staatspräsident die Schaffung einer Bank für die Entwicklung und Modernisierung Osteuropas vorgeschlagen. Es besteht außerdem ein hoher Bedarf an Aus- und Fortbildung bei Führungskräften, vorrangig im Unternehmensbereich. Als Antwort darauf hat der Staatspräsident eine europäische Stiftung vorgeschlagen, deren Struktur und finanzielle Mittel, wie die der Bank, in Straßburg erörtert werden sollen. Bereits seit ihrem Treffen vom vergangenen 18. November besteht die prinzipielle Zustimmung der Zwölf hierzu.

Die Gemeinschaft hat außerdem beschlossen, interessierten Ländern Osteuropas die großen Förderprogramme im Bereich der Erziehung und Fortbildung zu öffnen.

Abschließend möchte ich die Vorbildrolle und die Anstoßwirkung der Gemeinschaft gegenüber den anderen westlichen Ländern erwähnen. Die Kommission war während des Gipfeltreffens in der *Grande Arche* in Paris mit der Koordinierung der westlichen Hilfen für Polen und Ungarn beauftragt worden. Die Treffen, die im Rahmen der 24 stattfanden und die am 13. Dezember in Brüssel auf höchster Ebene zwischen den Ministern fortgesetzt werden, haben verschiedene westeuropäische und außereuropäische Staaten dazu bewogen, diesen beiden Staaten zusätzliche Unterstützungen zu gewähren. Die Gemeinschaft, die in dieser historischen Stunde ein Beispiel der Solidarität gibt, konnte um sich herum noch sehr viel größere Solidarität auslösen: die der gesamten westlichen Welt, deren Werte und deren Hoffnungen die Völker im Osten sich jetzt gleichermaßen zu Eigen machen wollen.